

Petition anlässlich der Personalversammlung der GHWRGS-Lehrkräfte im Schulamtsbezirk Freiburg, 24.04.2018, Forum Merzhausen

Arbeitsbedingungen von Lehrkräften verbessern – auf Kante genötigt zu arbeiten, macht krank und engt ein

Petition der GEW Kreis Freiburg an das Kultusministerium und Landespolitiker/innen

Die Bedeutung, die Politiker/innen in Reden der Bildung beimessen, steht in krassem Widerspruch zu den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten an Schulen und zur Ausstattung der Schulen.

Denn zeitliche und personelle Ressourcen, rechtzeitige und umfassende Qualifizierung und eine angemessene Begleitung, um die veränderten Aufgaben wie Umgang mit der zunehmenden Heterogenität, Inklusion und Integration sowie den Aufbau der Arbeit in multiprofessionellen Teams bewältigen zu können, fehlen immer noch und werden durch längere Ausfallzeiten noch verschärft.

Gute Arbeits- und Lernbedingungen und eine gute Versorgung sind Voraussetzung dafür, die Bildungschancen von der sozialen Herkunft zu entkoppeln und die Potenziale aller Kinder und Jugendlichen voll zu entfalten. Deshalb fordert die GEW das Kultusministerium und Landesregierung dringend auf in der Bildungspolitik umzudenken. Heutige Versäumnisse fallen uns morgen auf die Füße. Ein Schwerpunkt des politischen Handelns muss auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gelegt werden.

Es müssen Arbeits- und Einkommensbedingungen geschaffen werden, die die Gesundheit und Arbeitskraft der Beschäftigten erhalten und es gleichzeitig ermöglichen, dass mehr Lehrkräfte als die derzeit 26 Prozent bis zur gesetzlichen Altersgrenze arbeiten können.

Eine höhere Altersermäßigung ermöglicht es, länger im Dienst zu bleiben – ein Beitrag zur Reduktion des Lehrkräftemangels.

Nur mit guten Arbeitsbedingungen kann die Attraktivität des Berufs der Lehrerin/des Lehrers gesteigert werden. Insbesondere der eklatante Mangel an Grundschullehrkräften, Sonderpädagog/innen und Lehrkräften für berufliche Schulen zeigt die zunehmend fehlende Attraktivität des Berufs.

Schulleitungen müssen gestärkt werden durch mehr Anrechnungen für Leitungsaufgaben, Verwaltungsassistenz und eine höhere Besoldung. Der größte Verbesserungsbedarf besteht an den kleinen Schulen.

Im Vergleich der Schularten haben die Grundschulen den höchsten Frauenanteil. Es gibt kein Argument, warum die herausfordernde Arbeit in den Grundschulen und auch in den Haupt-/Werkrealschulen mit A12 schlechter bezahlt wird, als in allen anderen Schularten, in denen Lehrkräfte mit A13 eingestellt werden. Gleiche und gleichwertige Arbeit von Lehrkräften muss gleich bezahlt werden. Wir fordern A 13/E 13 für alle Grund- und Hauptschullehrkräfte!

Für Fachlehrkräfte/Technische Lehrkräfte fordert die GEW Kreis Freiburg die Angleichung an das Deputat der jeweiligen Schulart, eine höhere Eingangsbesoldung und bessere Beförderungsmöglichkeiten.

Guter und zuverlässiger Unterricht statt Sparmaßnahmen

Wir lehnen es entschieden ab, von politisch Verantwortlichen für tatsächlich oder vermeintlich schlechte Schülerleistungen verantwortlich gemacht zu werden.

Wenn das Kultusministerium und die Landesregierung die Qualität des Bildungssystems verbessern wollen, dann müssen sie für eine ausreichende Finanzierung sorgen. Es muss Schluss sein damit, dass trotz sprudelnder Steuereinnahmen die Schuldenbremse von der Politik wichtiger genommen wird als die Bildungschancen der Schülerinnen und Schüler – und damit die Zukunft unseres Landes und unserer Gesellschaft. Deshalb fordert die GEW:

- Die Grundschule hat die heterogenste Schülerschaft und braucht Förderstunden in der Pflichtzuweisung. Auf den Anfang kommt es an.
- Es darf keine weiteren Stellenstreichungen geben – auch nicht im Bereich der Beschulung der Geflüchteten.
- Für neue Aufgaben wie Ethik oder Aufbaukurs Informatik dürfen keine Stellen aus der Unterrichtsversorgung entnommen werden. Zusätzliche Aufgaben brauchen zusätzliche Stellen.
- Die Vertretungslehrkräfte mit unbezahlten Sommerferien abzuspeisen bringt Unsicherheit und Brüche in der pädagogischen Arbeit. Wir brauchen stattdessen eine drastische Erhöhung der festen Vertretungsreserve auf 10 Prozent.
- Wer Inklusion ernst nimmt und will, dass sie gelingt, darf sie nicht auf dem Rücken der Lehrkräfte und der Schüler/innen umsetzen. Jede/r Schüler/in mit Bildungsanspruch hat ein Recht auf mindestens 4,5 Stunden sonderpädagogische Unterstützung in der Woche – auch wenn die Lehrkraft erkrankt.
- Jede Schule braucht einen Innovationspool an Ermäßigungstunden für Schul- und Unterrichtsentwicklung.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreis Freiburg



Es muss Schluss sein damit, dass gute Schule nur unter Überlastung und Selbstaussbeutung möglich ist.
Schlechte Bildung ist so teuer, dass unser Land sie sich nicht leisten kann.

Unterzeichner/innen der Petition vom 24.04.2018

Name	Schule	Unterschrift